

Heinz Loquai

Krieg

als Mittel der Politik?!

Vom Balkan nach Afghanistan
und jetzt zum Irak?

DSS-Arbeitspapiere

Heft 63 – 2002

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Zur Erholung 13 D-01723 Kesselsdorf

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet. Sie finden uns unter

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>

Redaktion, Druckvorbereitung, V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Klopfer

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 D-01219 Dresden Tel. 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 14. November 2002

Kostenbeitrag: 1,50 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Heinz L o q u a i

Krieg als Mittel der Politik?!

– *Vom Balkan nach Afghanistan und jetzt zum Irak?! –*

Vortrag an der TU Dresden, am 30. 10. 2002

Das Friedensgebot als besondere deutsche Verantwortung

„Wir wollen unsere Söhne nie mehr in die Kaserne schicken! Und wenn doch einmal irgendwo wieder der Wahnsinn des Krieges ausbrechen sollte und wenn dabei das Verhängnis es wollen sollte, dass unser Land das Schlachtfeld wird – nun, dann wollen wir eben untergehen und dabei wenigstens das Bewusstsein mitnehmen, dass nicht wir das Verbrechen begangen und gefördert haben.“¹

Mit diesen Worten sprach der bekannte Sozialdemokrat Professor Carlo Schmid 1946 sicherlich vielen Deutschen aus dem Herzen.

Wenn ich dieses Zitat an den Anfang meines Vortrags stelle, dann möchte ich deutlich machen, dass es mir nicht darum geht, einen politisch-philosophischen Streifzug durch die Jahrhunderte zu machen. Ich werde das Thema aus unserer Zeit heraus behandeln.

Natürlich könnte es interessant sein, bei Augustinus und der Lehre vom gerechten Krieg oder noch früher anknüpfend, die Traktate großer Geister zu verfolgen, die unter der Überschrift

Krieg als Mittel der Politik? – Krieg als untaugliches Mittel der Politik!

verfasst wurden.

Lesenswert ist vor allem eine kleine Schrift des großen deutschen Philosophen Immanuel Kant mit dem Titel „Zum ewigen Frieden“ – lesenswert vor allem deshalb, weil hier schon eine Weltfriedensordnung konzipiert wurde, wie sie im System der Vereinten Nationen verwirklicht ist.

¹ Zitiert nach Theo Sommer, Was tun, wenn der Russe kommt, in: Zeit Punkte, 4/2000, S. 9.

Die Präambel der Charta der Vereinten Nationen beginnt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat ...“

Unter dem Eindruck von 50 Millionen Toten, zerbombter Städte, von Flüchtlingsströmen, Hunger und Krankheit standen auch die Deutschen und die deutsche Politik. Das, was Carlo Schmid sagte, war nicht die Stimme eines Einzelnen, sondern die Stimme einer ganzen Kriegsgeneration unter dem Eindruck der Folgen des Krieges. Franz Josef Strauß dachte nicht viel anders, als er 1949 in einer Versammlung ausrief: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.“²

Deutschland wollte mit dem Verbrechen KRIEG nichts mehr zu tun haben! In der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet sich das deutsche Volk, „dem Frieden in der Welt zu dienen“.

Und im Zwei+Vier-Vertrag bekennt sich das wiedervereinigte Deutschland dazu, dass von Deutschland nur Frieden ausgehen solle.

Zwischen dem Grundgesetz und dem Zwei+Vier-Vertrag liegt zeitlich etwa auf halber Strecke die Politik des Ausgleichs der Bundesrepublik mit den östlichen Nachbarn, für die der Name Willy Brandt steht. Wandel durch Annäherung, friedliche Koexistenz, militärische Zurückhaltung waren Etiketten dieser Politik. Sichtbares Zeichen der internationalen Anerkennung dieser Politik der Verantwortung aus der Geschichte Deutschlands heraus war die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Bundeskanzler Brandt im Jahre 1971. In seiner Dankesrede hob dieser hervor, dass der Name Deutschlands wieder mit dem Begriff des Friedens verbunden werde.

Eine „Wende“

Eine politische Zäsur

Doch machen wir nun einen kurzen Zeitsprung.

Das Jahr 2001 wird oft als eine Art Zeitenwende gesehen, als verspäteter Übergang ins neue Jahrtausend. Seit dem 11. September 2001 sei nichts mehr, wie es war; alles habe sich verändert, so lautet etwa die gängige Formel.

² Ebenda.

Dies mag für manche Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens zutreffen, nicht jedoch für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Hier vollzog sich die entscheidende Zäsur drei Jahre früher, im September/Okttober 1998. Die Nachwirkungen des 11. September 2001 haben eine schon rasche Entwicklung nur noch zusätzlich beschleunigt und legitimiert.

Wohl nie zuvor in der jüngeren politischen Geschichte Deutschlands haben im Parlament vertretene Parteien ohne äußeren Zwang ihre Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb kurzer Zeit so radikal verändert wie die SPD, die F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen im Jahre 1998.

Diese geradezu revolutionären Veränderungen lassen sich an den Positionen dieser Parteien in zwei, nur vier Monate auseinander liegenden Sitzungen des deutschen Bundestages aufzeigen. Auf diese Zeit zu blicken ist auch interessant, wenn wir sehen, was heute geschieht.

Zwei Bundestagssitzungen

Am 19. 6. 1998 diskutierte der Bundestag angesichts der Eskalation der Gewalt im Kosovo über eine mögliche militärische Intervention in den Bürgerkrieg zwischen jugoslawischer Staatsautorität und der sog. Befreiungsarmee des Kosovo (UCK). Es ging vor allem darum, ob für einen militärischen Einsatz ein Mandat des UN-Sicherheitsrats erforderlich ist oder nicht. Außenminister Kinkel (F.D.P.) erklärte: „Die NATO prüft militärische Optionen mit unmittelbarer Auswirkung auf den Kosovo und die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien. Solche Maßnahmen bedürfen einer sicheren Rechtsgrundlage. Das kann auf Grund der Umstände nur ein Mandat des Sicherheitsrates sein.“³ Der Abgeordnete Irmer von der F.D.P. sagte: „Als Rechtsgrundlage für einen militärischen Einsatz im Kosovo steht heute nur ein Mandat des UN-Sicherheitsrats zur Verfügung.“ Das Protokoll notiert „Beifall bei Abgeordneten der SPD“.⁴

Die Position von Bündnis 90/Die Grünen war klar: Für eine militärische Intervention bedarf es eines Mandats des Sicherheitsrats.

Nach der Charta der Vereinten Nationen war damals und ist auch heute die Rechtslage ganz klar. Es gilt das allgemeine Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Hiervon gibt es nur zwei Ausnahmen: Das Recht auf Selbstverteidigung und ein Mandat des UN-

³ Protokoll der Sitzung des Bundestags (BT-Protokoll), S. 22422.

⁴ BT-Protokoll, S. 22450.

Sicherheitsrats, das militärische Gewaltanwendung unter bestimmten Bedingungen erlaubt.

Am 16.10.1998, also nur vier Monate später, hatte der Bundestag, noch in der selben Zusammensetzung wie im Juni, über eine Teilnahme der Bundeswehr an einem Luftkrieg gegen Jugoslawien zu entscheiden. Ein Mandat des UN-Sicherheitsrates lag nicht vor. Deutschland konnte auch nicht das Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehmen, denn es war ja nicht angegriffen worden. Der Einsatz bezweckte, eine „humanitäre Katastrophe“ im Kosovo-Konflikt abzuwenden.⁵

Diesem völkerrechtlich und verfassungsrechtlich äußerst fragwürdigen Einsatz stimmten 88% der Abgeordneten der SPD, 63% der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und 95% der Abgeordneten der F. D. P. zu.⁶

Ein wichtiger und wohl auch kompetenter Mann stimmte aber – wie erst viel später bekannt wurde – gegen eine deutsche Beteiligung an diesem Krieg: der damalige Justizminister und Staatsrechtler, Professor Schmidt-Jortzig. Er begründete seine Auffassung vor allem damit, dass ein Sicherheitsratsbeschluss fehlte. Doch diese Position des für eine rechtliche Beurteilung zuständigen Ministers wurde dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten.

Komfortable Mehrheiten

In der hierauf folgenden Zeit hielten sich nicht nur diese Mehrheiten, wenn es um den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr ging, sondern sie vergrößerten sich noch im neuen Bundestag.

Konsequent in der Opposition blieben nur die PDS und einige wenige Abgeordnete aus allen anderen Fraktionen. Wenn es darum ging, deutsche Soldaten zu bewaffneten Einsätzen ins Ausland zu schicken, konnte sich die Regierung bei ihren Anträgen einer mehr als 90-prozentigen Mehrheit sicher sein – Mehrheiten, die auf keinem anderen wichtigen Politikfeld zustande kamen.⁷

⁵ Antrag der Bundesregierung, Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt, Drucksache 13/11469 v. 12. 10. 98.

⁶ BT-Protokoll, S. 23161 ff.

⁷ Eine Ausnahme war lediglich das Abstimmungsergebnis über den Einsatz der Bundeswehr im „Krieg gegen den Terror“, weil der Bundeskanzler mit der Sachentscheidung die Vertrauensfrage verband.

Derartig komfortable politische Mehrheiten für Auslandseinsätze der Bundeswehr, ob mit oder ohne UNO-Mandat, wurden nur möglich durch den Übergang der Regierungsverantwortung auf eine rot-grüne Regierungskoalition. Dabei war offenbar die Veränderung einer fundamentalen außenpolitischen Position keine politische Grundsatzentscheidung aus politisch-moralischen Überlegungen. Es ging um den Erhalt und die Stabilisierung der gerade durch Wahlen errungenen Macht.

[Dies wird aus einer Stellungnahme der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen deutlich, wenn es heißt: "Tatsache ist, dass die Auffassung, nur ein Mandat der Vereinten Nationen berechtere zur Androhung und Durchführung von internationalen Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat, von vielen JuristInnen und Nicht-JuristInnen geteilt wird. Auch große Teile der Bündnisgrünen und der SPD haben diese Auffassung lange vertreten. Angesichts der bevorstehenden Regierungsübernahme zeichnete es sich jedoch bald ab, dass sich Rotgrün im Spannungsfeld von Kosovo-Krise, Blockade des UN-Sicherheitsrates, Bündnisloyalität und Völkerrecht gegen die bis dato vorherrschende Völkerrechtsinterpretation entscheiden und damit für eine potentielle deutsche Beteiligung entscheiden könnte."⁸]

Eine diese Wende mit Genugtuung registrierende Presse findet geradezu emphatische Worte. So meint Manfred Geis in der „Zeit“, es sei Außenminister Fischer gewesen, „der nicht nur die moralische Dimension des Krieges [gegen Jugoslawien – H.L.] beschwor, sondern ihn zum ‚europäischen Krieg‘ adelte und in großen Würfeln den Balkan nach Europa holte.“⁹

Ironie, Satire? Ich glaube nicht; Herr Geis meint ernst, was er sagt. Die Huldigung eines Politikers bis an die Grenze zur Lächerlichkeit – des Autors.

In der Endphase des Bundestags-Wahlkampfes haben wir nun erlebt, wie der Bundeskanzler und sein Außenminister sich strikt gegen eine deutsche militärische Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak aussprachen. War das wieder eine Wende? Haben sich Schröder und Fischer aus grundlegender Überzeugung auf die Tradition ihrer Parteien besonnen? Wir müssen die nächsten Monate abwarten, um zu sehen, was diese Position wert ist. Die ganz überwiegende Zahl der Kommentatoren interpretieren jedenfalls diesen Schwenk als wahltaktisches Manöver.

⁸ Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsfraktion, Materialsammlung zum zweiten Jahrestag der militärischen Intervention der NATO im ehemaligen Jugoslawien, Berlin 2001, S. 10.

⁹ Manfred Geis: Fischer, der Krieg und die Vision, in: Die Zeit, 27.09.2001, S. 2.

Das „Keine-Alternative-Konzept“ deutscher Außenpolitik

Im Oktober 1998 wurde der Krieg als normales Mittel deutscher Politik wiederbelebt. Es handelte sich dabei um einen Paradigmenwechsel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, der in seinem Ausmaß verzögert, erst im Zusammenhang mit dem September 2001 erkannt und gewürdigt wird. „Der Eifer, den die rot-grüne Regierungsspitze, der Kanzler und sein Vizekanzler, bei jedem Anlass zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr an den Tag legen“¹⁰, hat seinen Ausgangspunkt im Konflikt um das Kosovo.

„Uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA wurde in der Phase der Eskalation des Kosovo-Konflikts zum Krieg gegen Jugoslawien noch nicht ausdrücklich verkündet. Doch eine fast bedingungslose deutsche Gefolgschaft schien zu dieser Zeit die Handlungsmaxime deutscher Politik zu sein. Die Selbstverpflichtung des deutschen Bundeskanzlers im Schatten des 11. September 2001 war nur die konsequente Fortsetzung der im Kosovo-Konflikt begonnenen Politik im Verhältnis zu den USA. „Bedingungslose politische Affinität Deutschlands ... zu Amerika“¹¹ war Voraussetzung und Folge einer solchen Politik.

Die logische Konsequenz einer Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ ist eine „Politik ohne Alternativen“. Bundeskanzler Schröder behauptete etwa drei Wochen nach Beginn des Krieges gegen Jugoslawien: „Wir haben eine Entscheidung getroffen, die nach unserer Auffassung ohne Alternative war.“¹² Und Außenminister Fischer kurz nach Ende dieses Krieges: „Es gab nie wirklich eine Alternative, selbst für die nicht, die diesen Krieg heftig kritisiert haben ...“.¹³

Auch beim globalisierten Krieg gegen den Terrorismus sahen Schröder/Fischer zunächst wieder keine Alternative zum militärischen Einsatz. Sie boten von sich aus deutsche Soldaten auch für Kampfeinsätze an. Für sie ging es darum, durch eine Kriegsbeteiligung Statur und Einfluss zu gewinnen.¹⁴ Erst in der Endphase des Bundestags-Wahlkampfes will Bundeskanzler Schröder erkannt haben, dass es den USA um einen Krieg gegen den Irak gehe. Schon lange vor dem 11. 9. 2001 hatten Bush und seine Regierung Saddam Hussein ins Visier genommen, und dies sollte der Bundeskanzler erst so spät erkannt haben? Es bleibt nur zu hoffen, dass den Bürgern nicht bald wieder eine Situation

¹⁰ FAZ v. 31.12.2001, S. 1.

¹¹ Georg Paul Hefty, Kräftemessen, in: FAZ v. 20.09. 2001, S. 1

¹² Bundeskanzler Schröder im Spiegel-Gespräch am 12.04.1999, in: Der Spiegel, 15/1999, S. 32.

¹³ Außenminister Joschka Fischer über die Lehren aus dem Kosovo-Krieg, in: Der Spiegel, Nr. 25/1999, S. 34.

¹⁴ „Aber täuscht es, dass Fischer ... einen selbstverständlicheren Umgang mit der militärischen Option als willkommenen Einflussgewinn der Bundeswehr wahrzunehmen beginnt?“ (Matthias Geiss, Fischer, der Krieg und die Vision, in: Die Zeit, Nr. 40/2001, S. 40.

beschrieben wird, in der es angeblich keine Alternative zu einer deutschen Beteiligung an einem Angriffskrieg gibt.

Die Behauptung von Politikern, es habe keine Alternative gegeben, muss uns Bürger nachdenklich machen. Eigentlich sollte es ja gerade das Ziel einer vorausschauenden und verantwortungsbewussten Politik sein, eine Politik zu machen, die Alternativen bietet. Denn in einer Lage, in der es keine Alternative gibt, braucht man keine Politiker, da reichen Bürokraten, die diese Politik exekutieren.

Die neue NATO-Strategie und der Umbau der Bundeswehr

Eine Interventionsstrategie

Für die Entwicklung der neuen NATO-Strategie hat der Kosovo-Konflikt wie ein politischer Katalysator gewirkt. Das neue Strategiekonzept der Nordatlantischen Allianz¹⁵ wurde zeitlich parallel zur Eskalation des Kosovo-Konflikts im Frühjahr 1999 erarbeitet. Die Konsultationen in den Bündnisgremien traten in ihre entscheidende Phase während der Vorbereitungen zum Krieg und in den ersten Kriegswochen. Verabschiedet wurde „Das Strategische Konzept des Bündnisses“ anlässlich des NATO-Gipfels am 23. und 24. April 1999 in Washington. In dem Dokument werden „Auftrag und Selbstverständnis der Allianz bis weit ins nächste Jahrhundert festgelegt.“¹⁶ Die NATO hat sich endgültig von einer Verteidigungsstrategie verabschiedet und auf eine Interventionsstrategie verpflichtet. Wenn die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses erklären: „Die kollektive Verteidigung bleibt die Kernaufgabe der NATO“¹⁷, dann ist dies eine Täuschung der Öffentlichkeit.

Die Bundeswehr – eine Interventionsarmee

Eine veränderte Strategie der NATO und die Veränderung im sicherheitspolitischen Konzept der Bundesregierung hatten zwangsläufig Konsequenzen für das deutsche Militär. Die Bundeswehr wurde zum wichtigsten Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik¹⁸, ihre Aufgaben wurden neu

¹⁵ Veröffentlicht in NATO-Brief Nr. 2, S. D 7 ff.

¹⁶ Bundesminister Scharping im Bundestag am 22.04.1999, BT-Protokoll S. 2771.

¹⁷ Erklärung von Washington, 23./24.04.1999, in: NATO-Brief Nr. 2/1999, S. D 1.

¹⁸ „Nur: Mit Soldaten im Kosovo, in Afghanistan, am Horn von Afrika ist der Nachweis, dass sie ihre ‚gewachsene außenpolitische Verantwortung‘ wahrnimmt, allein nicht geliefert.“ (Gunter Hofmann, Schröders Welt oder: Wege aus der deutschen Provinz, in: Die Zeit, 20.10.2002, S. 1).

definiert, ihre Struktur wird radikal umgestaltet. Karl Feldmeyer kommentiert in der FAZ den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee wie folgt: „Aus einer Verteidigungsarmee ... soll in den nächsten Jahren ein neues Werkzeug für neue Zwecke entstehen. Verteidigung ist für diese Armee ... kaum mehr als eine Erinnerung an die eigene Entstehungsgeschichte ... Der eigentliche Ernstfall, für den sie geschaffen wird, ist die militärische Intervention ...“¹⁹

Die von Bundeskanzler Schröder erklärte „Entgrenzung“ des Einsatzraumes der Bundeswehr²⁰ erfolgte nicht erst mit der Teilnahme der Bundeswehr am Kampf gegen „den weltweiten Terrorismus“, sondern bereits drei Jahre früher. Heute gilt für das sicherheitspolitische Establishment in Deutschland: „Nicht Verteidigung der eigenen Grenzen, sondern umfassende militärische Ordnungssicherung wird zur Aufgabe der Bundeswehr.“²¹ Diese Aufgaben- definition kennt wirklich keine Grenzen, weder geografische noch funktionale noch moralische.

Man könnte den Eindruck gewinnen, als sei die deutsche Armee wieder im 19. Jahrhunderts angelangt. Die Behauptung „Die Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses bleibt daher konstitutive Aufgabe der Bundeswehr...“²² verschleiert den wirklichen Einsatzschwerpunkt der Bundeswehr.

Die „Enttabuisierung“ des Militärischen

Die Militarisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird von Medien mit harmonisierendem Wohlwollen, nicht selten geradezu mit Begeisterung begleitet. Jahrzehnte deutscher Friedenspolitik und militärischer Zurückhaltung, geprägt durch die Maxime, dass nach den schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege deutsche Soldaten nur noch zur Verteidigung eingesetzt werden sollten, gelten gleichsam als eine Art infantiler Phase in der Geschichte der Bundesrepublik. Die „selbstgesetzten Tabus“ werden nun endlich abgelegt. Mit erkennbarer Zufriedenheit konstatiert Kister: „statt des Scheckbuchs ist das

¹⁹ Karl Feldmeyer, Armee im Zielkonflikt, FAZ v. 19.10.2000.

²⁰ Ders., Ein Wendepunkt für die Bundeswehr, in: FAZ v. 07.11.2001, S. 3. Wenige Tage später hat sich Feldmeyer die Erklärung des Bundeskanzlers schon zu eigen gemacht, wenn er schreibt: „Die bislang charakteristische Sonderrolle Deutschlands durch Selbstbeschränkung hat sich erschöpft. Die Bedeutung dieser Veränderung ergibt sich in erster Linie aus der Entgrenzung des Raumes, in dem deutsche Militäreinsätze in Betracht kommen, und aus der Perspektive, die das eröffnet.“ (Karl Feldmeyer, Die neue Wirklichkeit, in: FAZ v. 12. 11. 2001, S. 1.)

²¹ Christoph Bertram, Verteidigung braucht Zukunft, in: Die Zeit v. 06.06.2002, S. 11.

²² Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehr 2002, Sachstand und Perspektiven, Bonn 2002, S. 25.

Militär wieder zum Mittel deutscher Außenpolitik geworden.“²³ Bundeskanzler Schröder stilisiert sich geradezu zum Helden, der die „traditionelle Tabuisierung des Militärischen“ in Deutschland aufbrechen musste.²⁴ Es ist doch grotesk, glauben zu machen, dass der ehemalige Verteidigungsminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen militärstrategischer Sachverstand im In- und Ausland überaus geschätzt wurde, eine „Tabuisierung des Militärischen“ betrieben haben soll.

Und noch ein Beispiel für ein kurzsichtiges Urteil, das sich in einer maßlosen Sprache äußert. In der "Zeit" vom 19.09.2002 behauptet Josef Joffe, Schröder und Fischer sei „der Ausbruch aus dem Ghetto außenpolitischer Verantwortungslosigkeit“ gelungen.²⁵ Es ist kaum zu glauben: Joffe sieht Konrad Adenauer, Willy Brandt oder Helmut Kohl „im Ghetto außenpolitischer Verantwortungslosigkeit“!

In einem Interview am 26. März 1999, zwei Tage nach Beginn des Krieges gegen Jugoslawien findet es der Berliner Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky „furchtbar“, wenn er an den Mentalitätswandel in Deutschland denkt: „'Keine Waffe anfassen!' hieß es in den ersten Jahren nach dem Krieg, weil wir so bitter enttäuscht waren von uns selbst und von anderen. Und dann: Ja, wir müssen uns aber verteidigen! Und dann: Wenn irgendwo ein Angriff gestartet wird, das waren die 90er Jahre, dann wollen wir bestenfalls Beobachter sein und humanitäre Hilfe leisten. Und jetzt scheint das in der ganzen Breite des Volkes Zustimmung zu finden, dass Deutsche sich da auch am Waffengebrauch beteiligen.“ Der Bischof sieht es mit Bangen, „wie die Zeit die innere Einstellung verändern kann.“

Beschädigung der internationalen Rechtsordnung

Ein Präzedenzfall?!

Wegen des Fehlens eines Mandats des UN-Sicherheitsrats halten Völkerrechtler den Krieg von NATO-Staaten gegen Jugoslawien für völkerrechtswidrig.²⁶ Deswegen hatte sich im Oktober 1998 der damalige Bundesjustiz-

²³ Kurt Kister, Deutsche Soldaten am Hindukusch, in: SZ am Jahresende, S. V 2/15

²⁴ Ein ZEIT-Gespräch mit Gerhard Schröder, in: Die ZEIT, 15.08.2002, S. 3.

²⁵ Josef Joffe, Stoiber, in: Die Zeit, 19.09.2002, S. 1.

²⁶ Militärischer NATO-Einsatz im Kosovo ohne UN-Mandat? Stellungnahme von Staats- und Völkerrechtlern zur Erklärung des amtierenden Bundesaußenministers Dr. Klaus Kinkel. 15.10.1998. (Archiv Loquai) Weiterhin: Not kennt kein Gebot? Stellungnahme zum Spannungsverhältnis zwischen politischem Handlungsdruck und Völkerrecht im Fall Kosovo, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1998, S. 1451 ff.; Reinhard Merkel (Hrsg.), Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht, Frankfurt am Main 2000.

minister Professor Schmidt-Jortzig im Kabinett gegen eine „Einsatzentscheidung“ ausgesprochen und an der Abstimmung im Bundestag nicht teilgenommen.²⁷ Zwar erklärte der deutsche Außenminister Kinkel am 16.10.1998 im Bundestag: „Der Beschluß der NATO darf nicht zum Präzedenzfall werden. Wir dürfen nicht auf eine schiefe Bahn kommen, was das Gewaltmonopol des Sicherheitsrats anbelangt.“²⁸ Doch faktisch handelte es sich um einen Präzedenzfall, man war auf die schiefe Bahn gelangt.

Völkerrechtliche Grundlage blieb für den Jugoslawien-Krieg nur die umstrittene Hilfskonstruktion der „humanitären Intervention“, eine Art internationale Nothilfe.²⁹ Der allgemeine Grundsatz des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen wurde relativiert. In der „Charta von Paris für eine neues Europa“ vom 21.11.1990 hatten die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten daran „erinnert“, dass „die Nichterfüllung der in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Verpflichtungen einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt.“³⁰ Im März 1999 war dies dem Gedächtnis der Regierungen der NATO-Staaten entschwunden.

Henry Kissinger hat in einer scharfen Kritik am NATO-Krieg gegen Jugoslawien festgestellt: „Jene, die für geschichtliche Tatsachen keine Antenne haben, erinnern sich offenbar nicht daran, dass die juristische Doktrin der nationalen Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung am Ende des verheerenden Dreißigjährigen Krieges entstanden sind. Damals waren etwa 40 Prozent der westeuropäischen Bevölkerung im Namen konkurrierender Versionen der universellen Wahrheit ums Leben gekommen. Sollte sich die Doktrin der universellen Intervention verbreiten und sollten konkurrierende Wahrheiten erneut in einen offenen Wettstreit treten, droht uns eine Welt, in der die Tugend Amok läuft.“³¹

Das völkerrechtliche Gerüst einer zivilisierten Weltordnung wurde gerade durch die Versuche, den Jugoslawien-Krieg doch noch völkerrechtlich zu legitimieren, ausgehöhlt und beschädigt.

²⁷ Schreiben Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig v. 27.10.2000. (Archiv Loquai)

²⁸ Bundestag-Protokoll, S. 23129.

²⁹ Stuby bezeichnet das Konstrukt der „humanitären Intervention“ als eine „schillernde Argumentationsfigur“, die seit einiger Zeit „durch die diplomatischen und parlamentarischen Korridore“ geistert. (Gerhard Stuby, Die Verantwortung der deutschen Außenpolitik, Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1998, S. 1457).

Dieter Deiseroth, "Humanitäre Intervention" und Völkerrecht, in: NJW 1999, Heft 42, S. 3085-3088.

³⁰ Auswärtiges Amt (Hrsg.), 20 Jahre KSZE, 1973 – 1993. Eine Dokumentation, S. 146.

³¹ Henry Kissinger, Die erschreckende Revolution in der NATO, in: Welt am Sonntag, 15.08.1999.

Völkerrechtliche Normen und Doktrinen, das Völkerrecht als ein Ordnungsrahmen für die Politik, spielen offenbar in den politischen Überlegungen und der praktizierten Politik der jetzigen amerikanischen Regierung keine Rolle mehr. Hierzu nur wenige Beispiele:

- Der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Grundsatz, in den internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen, gilt nicht mehr. Die USA drohen mit der Anwendung von Gewalt, sie teilen Staaten ein in gute und böse und drohen Strafen an. Sie brechen permanent das Völkerrecht.
- Der amerikanische Präsident stellt den Vereinten Nationen faktisch ein Ultimatum, er nötigt den Sicherheitsrat: Entweder es gibt eine „starke“ oder „scharfe“ UN-Resolution, oder wir handeln alleine. Auf so brutale Weise ist wohl noch niemand mit diesem Gremium umgegangen.
- Die sog. Bush-Doktrin der „präventiven Verteidigung“ ist nichts anderes als die verbale Verfremdung einer Konzeption des Präventivkriegs, die gegen alle bisherigen Normen des Völkerrechts verstößt. „Präventivkriege‘ im genuinen Sinn des Begriffs sind illegal. Das ist ein trivialer Befund des positiven Völkerrechts, den niemand bestreitet.“³² Außerdem ist sie eine strategisch höchst gefährliche Konzeption, weil sie destabilisierend wirkt.

Auch die Bundesregierung zeigt, dass es ihr bei ihrer Position zu einer Beteiligung an einem Irak-Krieg überhaupt nicht um das Völkerrecht geht. Weder in der Argumentation des Bundeskanzlers noch in der des Außenministers spielen völkerrechtliche Gesichtspunkte eine Rolle. Die sicher auch wichtigen politischen Fragen sind alleiniges Rational.³³

Gerade deutsche Politiker hätten allen Grund und gute Argumente, sich auf deutsche Rechtsgrundlagen zurückzuziehen. Nach dem Grundgesetz ist bereits die Vorbereitung eines Angriffskrieges verfassungswidrig. Und nach dem StGB § 80 ist dieses Delikt mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren zu ahnden.

³² Reinhard Merkel, Amerikas Recht auf die Welt, in: Die Zeit, 02.10.2002, S. 37.

³³ Hierzu auch der deutsche Außenminister in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung, in: Frankfurter Rundschau, 17.09.2002.

Quo vadis – Wohin führt der Weg?

Afghanistan als Zwischenstation

Der Krieg gegen Afghanistan war nur eine Zwischenstation im weltweiten Krieg der USA und ihrer Verbündeten. Offizielles Ziel war es, Osama Bin Laden zu töten oder ihn gefangen zu nehmen. Dieses Ziel wurde wohl noch nicht erreicht. Das Netzwerk der El Quaida wurde empfindlich getroffen, ob es unschädlich gemacht wurde, muss sich zeigen. Die Taliban wurden aus Kabul vertrieben, doch das war ursprünglich gar nicht das Ziel des Krieges. In diesem Krieg waren War Lords der schlimmsten Art die Verbündeten Amerikas. Mindestens 5000 Zivilisten kamen bei den amerikanischen Luftangriffen ums Leben. Die USA haben sich in den zentralasiatischen Ländern Turkmenistan, Kirgistan und Usbekistan festgesetzt. Sie hatten keine Bedenken, mit den despotischen Regimen dieser Länder Stationierungsverträge zu schließen. Der Afghanistan-Krieg diente auch dazu, Waffen und Einsatzverfahren der Militärs zu erproben. Die eigentliche Aufgabe, die Befriedung Afghanistans, steht noch bevor, sie wird Jahrzehnte dauern.

Das geostrategische Ziel Irak

Wie geht es nun weiter mit dem Irak? Diese Frage braucht man zur Zeit der amerikanischen Regierung wohl nicht zu stellen. Schon lange vor dem 11. September, kurz nach dem Amtsantritt von George W. Bush wurde klar, dass dieser amerikanische Präsident mit allen Mitteln auf den Sturz des Regimes Saddam Hussein in Irak hinarbeiten würde. In einem Leitartikel am 17. Februar 2001 gratulierte die „Washington Post“ dem neuen Präsidenten zu einem „guten Start im Irak.“ Anlass für die Gratulation waren amerikanisch-britische Luftangriffe am 16. Februar nahe Bagdad, außerhalb der sogenannten Flugverbotszonen.³⁴

„Die Vielzahl strategischer und bedeutsamer Veränderungen in der Sicherheitspolitik Washingtons geht in den allermeisten Fällen nicht auf den 11. September zurück. Vielmehr ermöglichte es der 11. September den Sicherheitspolitikern der Bush-Administration, zusätzliche Begründungsmuster für ihre Vorhaben zu entwickeln und bereits geplante Reformen und Umstrukturierungen zu beschleunigen und ohne substantielle Widerstände durch-

³⁴ Volker Böhler, Drohende Schatten über Mesopotamien, in: Auftrag Heft 248/2002, S. 20. Oberst a. D: Böhler war von 1992-1995 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

zusetzen. Zudem bot er einen Anlass, erheblich mehr Geld für Aufgaben der äußeren und inneren Sicherheit bereitzustellen.“³⁵

Die schrecklichen Terroranschläge des 11. September brachten auch die Chance, dem Diktator in Bagdad die Beteiligung an diesen Verbrechen in New York und Washington zuzurechnen. Doch trotz intensiver Bemühungen fand man hierfür keine überzeugenden Beweise. In die „Achse des Bösen“ wurde der Irak allerdings aufgenommen. Er gilt seitdem als das nächste Ziel im weltweiten Krieg gegen den Terrorismus. Bush stellt allerdings diesen Krieg in einen größeren Zusammenhang. Bei einem Truppenbesuch verkündete er: „Wir werden das Böse in den kommenden Jahren in der ganzen Welt bekämpfen, und wir werden siegen.“

Es geht ja auch nicht so sehr darum, dass der Despot Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfügen könnte. Als Saddam 1998/1999 Tausende von Kurden hinmetzeln ließ und Giftgas gegen sie einsetzte, stellten die USA ihm anderthalb Milliarden Dollar für Agrarhilfe zur Verfügung.³⁶ Bei der Herstellung von biologischen Waffen sollen auch – wie amerikanische Medien berichten – Lieferungen von Bakterien aus amerikanischen Labors zugute gekommen sein.³⁷ Saddam Hussein ist ein Schurke, weil er sich dem amerikanischen Ölimperialismus in den Weg stellt.

Es ist ja kein Geheimnis, worum es den USA eigentlich geht. Ein Blick auf die Öllandkarte zeigt es. In der Golfregion lagern etwa 2/3 der Welterdölreserven: Irak 11%, Iran 9%, Kuwait 9%, Saudi-Arabien 25%, Vereinigte Arabische Emirate 9%. Die USA verfügen über etwas mehr als 1%. Wenn die USA ihre Weltherrschaft erhalten wollen, müssen sie die Golfregion kontrollieren. Die heutige Weltmacht USA ist in einem dramatischen Ausmaß von der ungehinderten Zufuhr von Erdöl aus dieser Region abhängig. Der Irak ist in einer zentralen Lage. Dort stationierte Truppen können die Region militärisch kontrollieren und damit dazu beitragen, sie politisch und wirtschaftlich zu beherrschen.

Die Experten sind sich eigentlich einig: Es geht nicht mehr um das „Ob“ eines Angriffs gegen die USA, sondern nur noch um das „Wann“ und das „Wie“ und die Umstände – und natürlich um die Vermarktung.

³⁵ Otfried Nassauer, NDR-Hörfunksendung „Streitkräfte und Strategien“, 7./8.09.2002.

³⁶ Arundhati Roy, Wie man einen Krieg verkauft, in: FAZ, 02.10.2002, S. 41.

³⁷ Verhärtete Fronten, FAZ, 02.10.2002, S. 7.

Mediale Kriegsvorbereitung

Die mediale Kriegsvorbereitung läuft bereits auf vollen Touren. Das „Office of Strategic Influence“ hat schon begonnen, die Bevölkerung der USA positiv auf den Krieg einzustimmen und die Meinungsfront in den Ländern der Anti-Terror-Allianz zu manipulieren. Uns werden ja täglich aus unterschiedlichen Quellen, gut gestreut, Erkenntnisse über das „Monster“ in Bagdad präsentiert.

„Mit unterschiedlichen Graden der Grobheit und Vulgarität, je nach den spezifischen Publikumssegmenten, haben die Medien de facto die Aufgaben eines Propagandaministeriums übernommen.“³⁸

„Derzeit wird eine systematische Kampagne der Falsch- und Fehlinformationen – die größte, die je von US-Behörden unternommen wurde – intensiviert. Der US-amerikanischen und der internationalen Öffentlichkeit wird täglich eine ansteigende Propaganda-Dosis darüber verabreicht, welche Bedrohung Irak für die Welt im Jahr 2002 darstellt.“³⁹

Doch blicken wir kurz auf einige Fakten:⁴⁰

- Der Amerikaner Scot Ritter, ein früherer Waffeninspektor, stellte fest, „dass der Irak schon seit 1997 keinerlei Massenvernichtungsmittel mehr besitze“.
- Nach seiner Rückkehr von einem zweiwöchigen Aufenthalt im Irak stellt Hans von Sponeck fest: „Das US-Verteidigungsministerium und die CIA wissen ganz genau, dass das heutige Irak keine Bedrohung für die Region, geschweige denn für die Vereinigten Staaten darstellt. Jede andere Behauptung ist unehrlich.“⁴¹
- Die USA haben die früheren Inspektionen im Irak, wie dies übrigens übliche amerikanische Praxis bei internationalen Waffeninspektionen ist, ausgenutzt zur Spionage und Zielaufklärung.

Was zählen aber Fakten in einem Meer von Desinformation und Täuschungen bei der Vorbereitung eines Krieges zur Stabilisierung der Weltherrschaft. Es gibt ja inzwischen genügend Publikationen und offizielle Dokumente der amerika-

³⁸ Norbert Birnbaum, Brief aus Amerika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/01, S. 1305. Birnbaum: geboren 1926 in New York, Sozialwissenschaftler und Publizist, Professor am Law Center der Georgetown University in Washington D.C.

³⁹ Hans von Sponeck, Ein Krieg, den nur die US-Regierung will, in: FR, 30.07.2002.

⁴⁰ Ebenda sowie: Rüdiger Göbel, Joachim Guilliard, Michael Schiffmann (Hrsg.), Der Irak, Ein belagertes Land, Köln 2001/2002.

⁴¹ Ebenda.

nischen Regierung, die ganz klar sagen, worum es geht: um die Stabilisierung der amerikanischen Weltherrschaft auf lange Sicht – mit militärischen Mitteln und wirtschaftlichen Mitteln. „Die verborgene Faust, die dafür sorgt, dass die High-Tech-Unternehmen ... überall auf der Welt ungehindert florieren können, heißt US Army, Air Force und Marine Corps.“⁴²

Ist damit die Frage „Quo vadis“ schon beantwortet?

Lassen Sie mich abschließend zwei Prognosen anbieten.

Eine pessimistische Prognose

Zunächst die pessimistische. Sie beruht auf Erfahrung; man könnte sie auch realistisch nennen.

Eigentlich hat der Krieg gegen den Irak schon längst begonnen:

- Ein jahrelanger Krieg wird schon gegen das irakische Volk geführt. Die Wirtschaftssanktionen treffen die Bevölkerung hart. Eine halbe Million Kinder sind diesem Krieg bereits zum Opfer gefallen. Der ehemalige amerikanische Justizminister Ramsey Clark schreibt: „Der Irak wurde auf unerträglich grauenvolle Art einem brutalen Angriff und danach dem langsamen, qualvollen Völkermord durch die Sanktionen ausgesetzt ... Die Tatsachen stehen unverrückbar und unbestreitbar fest.“⁴³
- Amerikanische und englische Kampfflugzeuge fliegen seit Jahren von den UN nicht sanktionierte Angriffe gegen irakische Einrichtungen der Luftverteidigung. 1200 Mal griffen sie irakische Radarstellungen und andere Luftverteidigungsanlagen an. In den letzten Tagen sind mehrere Male massive Angriffe gegen den Zivilflughafen in Basra geflogen worden. Der Irak ist durch diese Angriffe ein Land faktisch ohne wirksame Luftverteidigung. Die amerikanischen und britischen Kampfflugzeuge werden ihre Bomben und Raketen unbehindert auf Militäranlagen und zivile Einrichtungen abladen können.

Medial leben wir in einer Vorkriegszeit, die Vorbereitung auf den Krieg hat schon längst begonnen. Wir bekommen das Menü einer systematischen Einstimmung auf den Krieg schon seit einiger Zeit serviert.:

⁴² Zitiert nach Arundhati Roy, Wie man einen Krieg verkauft, a. a. O.

⁴³ Ramsey Clark, Feuer und Eis, Die Zerstörung des Irak durch Krieg und Sanktionen, in: Rüdiger Göbel, Joachim Guillard, Michael Schiffmann (Hrsg.), Der Irak, Ein belagertes Land, Köln 201/202, S. 61.

- Die Bedrohung wird ins Unermessliche gesteigert und sehr akut dargestellt (Kosovo-Konflikt: Völkermord, humanitäre Katastrophe; Irak-Krieg: Angriffe mit Massenvernichtungsmitteln auf die USA, Europa und nahöstliche Staaten).
- Der Kriegsgegner wird bestialisiert (der „Schlächter“ Milosevic, das Monster Saddam Hussein). B. Kohler meint, Saddam Hussein lasse den Serben wie „einen blutigen Amateur“ aussehen.⁴⁴ „Saddam Hussein ist ein moderner totalitärer Herrscher. Verglichen mit ihm, ist Milosevic ein verhältnismäßig netter Kerl.“⁴⁵
- Man warnt: Die transatlantische Zusammenarbeit, die Glaubwürdigkeit der USA bzw. der NATO sind in Gefahr.
- Es wird behauptet: Der Krieg ist unvermeidlich, es gibt keine Alternative zum Krieg.

Auch die operativen Kriegsvorbereitungen der Amerikaner sind schon weit fortgeschritten:⁴⁶

- Amerikanische Schiffe mit Waffen und schwerem Gerät sind unterwegs in die Golfregion.
- Gefechtsstände werden eingerichtet und Übungen durchgeführt.
- Etwa 115 000 amerikanische Soldaten befinden sich bereits vor Ort.
- Sechs Flugzeugträger-Kampfgruppen werden in der Region zusammengezogen. Von dort können dann etwa 1000 Einsätze geflogen werden.

Ab Mitte Januar wird die für eine Invasion des Irak als notwendig erachtete Streitmacht von etwa 250 000 amerikanischen Soldaten vor Ort sein.

Nur ein konkreter Anlass fehlt noch. Er lässt sich aus dem Schatz des Erprobten finden, z. B. :

- ein Ultimatum, das so konstruiert wird, dass man mit einer Ablehnung rechnen kann;
- ein angeblicher bzw. provoziertes irakisches Angriff, so dass man sich dann verteidigen muss. Gegen die Türkei geführt, würde dies die NATO-Beistandspflicht auslösen.

⁴⁴ Berthold Kohler, Die Demokratien und der Krieg, in: FAZ, 30.08.2002, S. 1.

⁴⁵ Ronald D. Asmus, Die neue deutsche Unverantwortlichkeit, in: FAZ, 17.09.02, S. 12.

⁴⁶ Franz-Josef Hutsch, Manuskript, NDR-Hörfunk-Sendung „Streitkräfte und Strategien“, 21./22.09.2002.

Die bisherigen Verbündeten der USA in Kriegen werden sich wieder hinter ihrer Führungsmacht USA scharen.

Zu diesem Kriegsszenario gehört natürlich noch ein wichtiger realer Baustein: ein Despot, der so rücksichtslos ist, dass er glaubt, seine Herrschaft langfristig durch Krieg zu Lasten seines Volkes sichern zu können und der die militärische und politische Durchhaltefähigkeit der USA und ihrer Verbündeten gewaltig unterschätzt. Dies war im Kosovo-Konflikt Milosevic, im Krieg gegen den Irak wird Saddam Hussein diese Rolle erfüllen.

So lehrt die Erfahrung, dass es einen Krieg gegen den Irak geben wird. Wir werden einen gerechten Kreuzzug bis zur bedingungslosen Kapitulation erleben. Der militärische Sieger steht jetzt schon fest. Die Sieger werden ihren Sieg feiern. Das ohnehin schon geschundene irakische Volk wird noch mehr Leid erfahren. Die USA haben sich den Zugang zu den irakischen Ölvorräten verschafft und planen den nächsten Krieg.

Und wie wird sich die deutsche Regierung verhalten?

Blicken wir zurück, um aus der Erfahrung Schlussfolgerungen zu ziehen.

Im Kosovo-Konflikt haben Fischer/Schröder zwei Mal aus innenpolitischen Gründen eine außenpolitische Wende vollzogen:

- Im Herbst 1998 stimmten sie einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen Jugoslawien zu, ohne dass ein Mandat des Sicherheitsrats vorlag – eine Voraussetzung, die ihre Parteien wenige Monate vorher noch für unerlässlich gehalten hatten. Doch die neue Bundesregierung wollte, als sie an der Macht war, dem innenpolitischen Gegner nicht eine außenpolitische Front eröffnen und verschanzte sich hinter den Vokabeln „Bündnissolidarität“ und „Zuverlässigkeit und Stetigkeit der deutschen Außenpolitik“.
- Im Januar 1999, auf dem Weg zum Krieg gegen Jugoslawien, brachten die USA im NATO-Rat die Frage des Einsatzes von Bodentruppen ein. Schröder/Fischer/Scharping sprachen sich rasch für eine deutsche Teilnahme mit Bodentruppen aus. Ihr Argument: Mit isolierten Luftangriffen könne der kosovo-albanischen Bevölkerung nicht geholfen werden. Doch als sich die CDU/CSU-Opposition gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung mit Bodentruppen aussprach, schwenkte auch die Regierung ein. Um sich eine die Koalition gefährdende innenpolitische Auseinandersetzung zu ersparen, rückten auch Rot-Grün von ihrer Position ab.

Deutschland beteiligte sich an einem „isolierten Luftkrieg“, obwohl wenige Wochen vorher die maßgebenden Politiker noch ganz anderer Auffassung waren.

Nach diesen Erfahrungen muss man nun abwarten, welchen Wert die Positionen der rot-grünen Regierung zu einer Beteiligung an einem Irak-Krieg haben. Alle Kommentatoren in den Medien waren sich ja einig, dies war ein Schwenk aus wahltaktischen Gründen. Die Begründungen dafür deuteten ja auch nicht auf einen grundsätzlichen Politikwechsel hin. Dass sich eine deutsche Regierung an „amerikanischen Abenteuern“ nicht mit eigenen Truppen beteiligt, dürfte ja eigentlich selbstverständlich sein.

Karl-Heinz Harenberg meint in der NDR-Sendung Streitkräfte und Strategien: „Schließlich war es die rot-grüne Koalitionsregierung, die die Bundesrepublik Deutschland nach entsprechender Vorarbeit ihrer schwarz-gelben Vorgängerin wieder zur kriegführenden Nation gemacht hat.“⁴⁷

Die Erfahrung könnte uns also lehren, dass diese Bundesregierung Deutschland in einen Krieg gegen den Irak an der amerikanischen Seite führen wird.

Eine optimistische Variante

Und nun die optimistische Variante. Die negative Einstellung der Bevölkerung in europäischen Ländern zu diesem angekündigten Krieg entwickelt sich zu einer politischen Kraft. Die Bürger durchschauen die Kriegspropaganda und widerstehen ihr. Medien entziehen sich der Staatspropaganda und der freiwilligen Gedankengleichschaltung. Sie werden ihrer Rolle als „vierte Gewalt“ gerecht. Die Regierungen geraten unter Druck des Volkes. Die Vereinten Nationen machen eine Politik, die ihrer Charta verpflichtet ist. Saddam Hussein lässt UN-Inspektoren ins Land, lässt sie unbehindert inspizieren. Der amerikanische Präsident gerät innen- und außenpolitisch unter Druck. Dann, vielleicht dann könnte uns und vor allem der irakischen Bevölkerung ein Krieg erspart bleiben.

Für Schröder/Fischer wäre dies natürlich eine sehr komfortable Variante. Ihnen bliebe ein Glaubwürdigkeitstest erspart.

Doch ist diese optimistische Prognose auch realistisch? Ich fürchte, sie ist es nicht. Die Evidenz der historischen Erfahrung mit den Regierenden spricht

⁴⁷ NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien, 24. 08/25.08.2002, Manuskript S. 11.

gegen diese Prognose. Uns bleibt nur die Hoffnung auf eine andere Erfahrung und Einsicht. Sie hat der Papst bei einer Ansprache zum Weltfriedenstag am 1. 1. 2000 zusammengefasst:

„Das 20. Jahrhundert hinterlässt uns als Erbschaft vor allem eine Mahnung: Kriege sind häufig Ursache weiterer Kriege, weil sie tiefe Hassgefühle nähren, Unrechtssituationen schaffen sowie die Würde und Rechte der Menschen mit Füßen treten. Sie lösen im allgemeinen die Probleme nicht, um derentwillen sie geführt werden. Daher stellen sie sich, außer dass sie schreckliche Schäden anrichten, auch noch als nutzlos heraus.“

Heinz Loquai war fast 40 Jahre Angehöriger der Bundeswehr. Zuletzt Brigadegeneral, leitete er 1991 bis 1995 das Zentrum für Verifikation der Bundeswehr und danach den militärischen Teil der deutschen OSZE-Vertretung in Wien. Im März 1999 wurde er pensioniert. Danach war er bis Juli 2000 im OSZE-Auftrag Berater bei den Verhandlungen über militärische vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen für Südosteuropa (Balkan).

Heinz Loquai hat die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr absolviert; er ist promovierter Soziologe. Ein Jahr nach Beginn der NATO-Bombardierung erschien sein Buch "Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999", Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, 183 S., ISBN 3-7890-6681-8."